



Gerd Ruge

*Gerd Ruge, München*

## **Russland und der Weltfrieden**

Vortrag zum Osnabrücker Friedenstag  
am 25. Oktober 1999 in der Stadthalle

Russland und der Weltfrieden – das Thema stellt sich natürlich durchaus unterschiedlich dar aus der Perspektive eines ehemaligen Generals mit Ambitionen auf das Präsidentenamt und aus der eines ausländischen Beobachters. Der eine muss dazu neigen, ein Programm, einen Aufruf, zu verfassen, der andere zu einer warnenden Zustandsbeschreibung aufgrund der Erfahrung einer vergangenen Periode. Für beide stellt die russische Gegenwart eine unübersichtliche Landschaft dar, in der die Frage nach Russlands künftiger Rolle in der Welt vorläufig unbeantwortet bleiben muss. Aus der Supermacht-Rolle hinabgestürzt in eine Position, in der sich das Land kaum noch als zweite Weltmacht nach den USA verstehen kann, findet sich Russland als Atommacht im Abstieg wieder, deren innerer Zustand für die Menschen zutiefst unbefriedigend sein muss und deren Schwäche nach außen für ihren Stolz kränkend wirkt. Russland ist eine Großmacht ohne Macht, die versucht, ohne die nötigen Reserven eine weltpolitische Rolle zu spielen. Zugleich ist das Land umgeben von den USA im Nord-Osten, von Chinas aufstrebender Macht und von den islamischen Ländern im Süden, während sich im Westen ein in der NATO organisiertes Europa unter dem Schutzschild der amerikanischen Supermacht immer enger an Russlands Grenzen heranschiebt. Aus russischer Sicht hat der Jugoslawienkrieg der NATO diese Entwicklung gewollt oder ungewollt verstärkt: Von der Adria bis zum Schwarzen Meer, ja, durch neue amerikanische Verträge mit Georgien und Aserbeidschan bis ans Kaspische Meer mit Wirkungen nach Zentralasien hinein zieht sich das NATO-kontrollierte Gebiet. Die alte Angst vor der Einkreisung, die nach 1990 verblasste, ist wiederbelebt, ein neues übergreifendes System der Sicherheit ist nicht gefunden worden; nur der Warschauer Pakt besteht nicht mehr. Präsident *Jelzin* hatte in seiner ersten Amtszeit Russland näher an Europa herangeführt, als dies je in der Geschichte der Fall war. Nun macht sich mit der Enttäuschung über die praktischen Folgen der innenpolitischen und wirtschaftlichen Liberalisierung auch die Enttäuschung über den Westen und seine Weltpolitik breit, und ein Gefühl der Demütigung führt zur Abkehr. Das bedeutet nicht, dass sich Russland einigeln müsste.

Ministerpräsident *Primakow* würde durchaus bevorzugen, eine aktive Außenpolitik zu betreiben, aber weniger in Partnerschaft mit Amerika und dem Westen als vielmehr durch den Versuch, ein Geflecht von Beziehungen, etwa mit China, Indien und dem Irak aufzubauen. Sein erklärtes Ziel ist eine multipolare Welt, in der die USA nicht der einzige Pol und Machtfaktor sind. Das funktioniert in begrenztem Maße bei Rüstungslieferungen, bei der Lieferung von Investitionsgütern und gelegentlich mit gemeinsamen Erklärungen, in denen sich russische und chinesische Politiker gegen das Wachsen der amerikanischen Vorherrschaft aussprechen. Aber dies ist weit weniger, als eine Partnerschaft oder ein zuverlässiges Bündnis wäre.

Russlands Fähigkeit zur politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Führungsrolle ist sehr begrenzt. Die Rückständigkeit der Wirtschaft und der Gesellschaft, die beide im Umbruch sind, belastet Russland. Die Vorstellungen von Russlands Platz in der Welt sind höchst unklar, so wie es die sogenannte ›russische Idee‹ und die Vorstellung von der Größe eines russischen Staats sind, der in der Nachfolge eines Imperiums steht. Dies alles muss kein Dauerzustand sein, aber es wird sicher das nächste Jahrzehnt bestimmen, in dem der enorme technologische Rüstungsvorsprung der Amerikaner weder von Russland noch von China oder Europa eingeholt werden kann.

Es bleibt trotzdem gefährlich, Russland zu unterschätzen und auszugrenzen. Die russische Politik und auch das Militär haben die Osterweiterung der NATO und der EU zunächst hingenommen, und wahrscheinlich ließe sich eine Zusammenarbeit mit dem Westen auch weiterhin organisieren, wenn der Westen nicht durch ungeschickte Verletzungen immer wieder das russische Nationalgefühl anstachelt, bis es sich gegen jeden westlichen Einfluss zur Wehr setzt. Frühe Zeichen einer solchen möglichen Entwicklung sind in Russlands Verhältnis zu den Nachbarstaaten, besonders im Kaukasus, zu erkennen. Zwar gibt es dort keine erkennbare, konsequente russische Politik – Moskau setzt lediglich sein Störpotential ein, um etwa in Georgien und Aserbeidschan die Regierung zu verunsichern. Aber natürlich geht es dabei um durchaus reale Interessen, die Russland allerdings nicht mit Mitteln einer konstruktiven Politik gegen die USA verteidigen kann. Es geht um den Zugriff auf die Ölfelder, um die Kontrolle der Pipeline-Führung in Transkaukasien und Zentralasien, bis an den Mittleren Osten heran. Wenn in dieser Situation Georgien aus nicht unverständlichen Gründen sich der NATO annähert, wenn Aserbeidschan den Amerikanern Luftstützpunkte und die Luftraumkontrolle über die Turkstaaten Zentralasiens anbietet, dann sieht Moskau seine Wirtschafts- und Sicherheitsinteressen direkt gefährdet, kann aber außer Störaktionen wenig entgegensetzen. Dies ist ein nicht unnatürlicher Konflikt, in dem Russland Interessen zu verteidigen hat. Aber seine Schwäche führt zu einer wenig konsequenten Nah-Ost-Politik, die in erster Linie halb verdeckt jene Staaten zu stützen versucht, die Amerika auf seiner

›schwarzen Liste‹ hat: mal Iran, mal Irak, mal Syrien. Da Moskau mit diesen Ländern in einer höchst schwierigen, konfliktreichen Weise verbunden war – so wie sein Verhältnis überhaupt zu allen islamischen Staaten gebrochen ist –, kann die Zusammenarbeit mit diesen Staaten wenig weltpolitische Entlastung bringen.

Kaum anders verhält es sich mit China. Die letzten 200 Jahre waren überwiegend von Spannungen bestimmt. Der große ideologische Konflikt aus der Zeit *Maos* ist begraben, aber das gemeinsame Interesse Russlands und Chinas liegt im Wesentlichen darin, den Einfluss der USA einzudämmen. Das führt zu wachsenden Waffenkäufen Chinas beim russischen Nachbarn und in beiden Staaten zur Entwicklung neuer Raketenwaffen, die ein künftiges amerikanisches Abwehrsystem zu durchdringen vermögen. Aber das gegenseitige Misstrauen ist damit keineswegs überwunden. Russland muss fürchten, dass im 21. Jahrhundert nationalistische Kräfte in Peking Chinas Platz in der Welt in einer Weise definieren werden, die Russlands Rolle in Asien schwächt. Auch hier also ist für Russland kein zuverlässiger Partner zu finden. Der Wunsch, Amerikas Macht etwas entgegenzustellen, führt beide zusammen. Wobei natürlich die Erfahrung des Kosovo-Konflikts eine wesentliche Rolle gespielt hat. Doch war dies nur der Endpunkt einer Entwicklung, die ein halbes Jahrzehnt früher begonnen hatte. Als sich der Warschauer Pakt und die Sowjetunion auflösten, schien die Welt am Anfang einer Neuordnung zu stehen. US-Präsident *George Bush* ging davon aus, dass eine solche Neuordnung sich auf die Vereinten Nationen stützen würde. *Gorbatschow* und die Europäer glaubten, übergreifende Institutionen, wie die *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE), würden die feindlichen Pakte des Zeitalters der nuklearen Konfrontation ersetzen. In Washington kam Präsident *Clinton* mit einem politischen Programm an die Macht, das die UNO stärken sollte – gerade weil sie nicht zuletzt durch die Politik des Amerikanischen Kongresses geschwächt und geschädigt worden war. Aber seit 1994 schlug diese Tendenz der US-Politik um. Die Ausdehnung des NATO-Bündnisses wurde zum Hauptziel, und mit dem Jugoslawien-Krieg hatte die NATO schließlich den Vereinten Nationen die Aufgabe der Friedenssicherung abgenommen oder entzogen.

Dieser Krieg war der Versuch, die Vertreibung der Kosovaren aus ihrer Heimat zu stoppen und ihnen die Möglichkeit zur militärisch gesicherten Rückkehr zu geben. Aber aus seinem Verlauf und Ausgang sind höchst unterschiedliche Lehren gezogen worden. Amerika sah in erster Linie den militärischen Erfolg seiner technisch hoch gerüsteten Streitkräfte. Der europäische Partner hatte sich als schwach gezeigt. 90 Prozent des Erfolges war nach amerikanischer Ansicht vom US-Militär erreicht worden, während die europäischen Partner, besonders Frankreich, eher störend im Wege standen. Daraus ergab sich die Forderung nach Stärkung und Modernisierung euro-

päischer mobiler Streitkräfte und ihrer Ausstattung mit modernen *high tech*-Waffensystemen. Die Europäer scheinen dazu bereit, geraten aber in Konflikt mit den USA, wenn sie den Anspruch auf eine eigene Verteidigungsidentität erheben, also an einer halbwegs gleichberechtigten Beteiligung an der Auswahl von Strategie und Taktik, den Zielen des Einsatzes wie der Bomben. Daran waren sie im Kosovo-Krieg nur schwach beteiligt worden. Überhaupt hatten die Europäer den Versuch gemacht, die Intervention in Jugoslawien zu einem Ausnahmefall ganz eigener Art zu erklären, der das Gewaltverzichtsgebot der UNO-Charta nicht grundsätzlich aushebelt. Das hatte, wie der wiederholte Versuch, Russland in die Bemühungen zur Lösung der Kosovo-Krise einzubeziehen, höchstes amerikanisches Misstrauen erweckt.

Russland hatte aber nun gerade die Lehren aus dem Jugoslawien-Krieg gezogen, die die Europäer mit dem Hinweis auf den Ausnahmecharakter zu beschränken suchten. Die NATO-Intervention in Jugoslawien dient Moskau nun als Beispiel für ihr eigenes Recht auf die Führung des Tschetschenien-Krieges ohne Rücksicht auf ausländischen Einspruch. Ihrer Ansicht nach kann der Westen nach dem Jugoslawien-Krieg der NATO ein Gewaltverbot nicht mehr glaubwürdig vertreten. Tatsächlich haben sie auch militärische Lehren aus dem Kosovo-Konflikt gezogen. Anders als im ersten Tschetschenien-Krieg setzten sie nur sehr begrenzt Bodentruppen ein. In erster Linie zerstören sie Städte und Dörfer aus der Luft oder durch die Artillerie, ehe sie in begrenzter Zahl Berufssoldaten in den Kampf schicken. Die Wehrpflichtigen der Armee werden weitgehend geschont aus ähnlichen Erwägungen wie denen, die in Jugoslawien den Einsatz von westlichen Bodentruppen verhinderten. Allerdings gibt es für Russland wenig Hoffnung, dass jemand die Rolle spielen könnte, die Russland gegenüber *Milošević* übernahm und die dem Westen die Invasion am Boden ersparte.

Wahrscheinlicher ist es, dass Russland in einen langen Guerilla-Krieg hineingezogen wird. Es kündigt sich schon heute an, welche Leiden der Bevölkerung Tschetscheniens für den kommenden Winter bevorstehen. Allerdings wird vom Westen aus wenig unternommen, um die russische Tschechenien-Politik und den Krieg zu beeinflussen. Das hat damit zu tun, dass Russland über Kernwaffen verfügt, aber auch, dass dieser gegen einen Teil der eigenen Bevölkerung geführte Krieg sich innerhalb der Grenzen Russlands abspielt und sich die Souveränität von Großmächten nicht so leicht verletzen lässt. Außerdem ist die Interessenlage des Westens oder zumindest der USA alles andere als eindeutig. Für Amerika ist es wichtig, dass islamische Terroristen keine Basis im Kaukasus, nahe an Europa und dem Mittleren Osten, aufbauen können, und außerdem bedeutet Russlands Verwicklung in einen langen Partisanenkrieg und später in bedrückende polizeiliche Kontrollen über das eroberte Gebiet, dass seine Rolle in dem ölreichen Gebiet Zentralasiens und des Transkaukasus sowie in seinen Beziehungen zu islamischen

Staaten geschwächt wird. Diese schweren Nachteile, die Russland in Tschetschenien entstehen, werden von den führenden Leuten in Moskau natürlich erkannt. Aber sie schienen keinen anderen als den militärischen Ausweg mehr zu sehen, nachdem die Vorstöße islamischer Kampfgruppen über die Grenzen Tschetscheniens nach Dagestan mit dem Ziel, einen Gottesstaat aufzubauen, begonnen hatten. Russlands Fehler geschahen viel früher, in jener Zeit, in der man mit wirtschaftlichen und politischen Mitteln nach einem *modus vivendi* hätte suchen müssen. Aber nur wenige Politiker sahen diese Notwendigkeit, und auch die Mehrheit der Bevölkerung hatte sich ein Feindbild zurechtgelegt, in dem die Tschetschenen als hasserfüllte Banditen und Mörder erschienen und ihre Forderung nach Selbständigkeit als Beginn der Zerstörung dessen, was von Russland verblieben ist.

Man kann nicht sagen, dass der Westen dieser Entwicklung mit Gleichgültigkeit zusah, aber für die nationalen und politischen Konflikte im Vielvölker-Raum des Kaukasus bringt er wenig Verständnis auf. Zu weit entfernt für eine Welle humanitärer Hilfsaktionen, wie sie im Kosovo-Krieg anrollte, scheint der Kaukasus, und ebenso weit entfernt für politische Forderungen und Ratschläge. So bleibt es bei Leerformeln, etwa dem Wunsch, Russland solle mit ›den Tschetschenen‹ politisch verhandeln, ohne dass die Frage, welche Gruppe die Macht hat, für Tschetschenien zu verhandeln, ernsthaft geprüft wird. Die westlichen Regierungen haben im früheren Jugoslawien die Erfahrung gemacht, dass man das schwierige Feld nationalistischer Gegensätze und Hassausbrüche in erster Linie mit den Mitteln militärischer Intervention und Anwesenheit beruhigen kann. Dies wird in Tschetschenien weit schwieriger sein. Die Folgen für die demokratische Entwicklung Russlands, die sich aus einer solchen Stärkung des militärischen Denkens in der Außenpolitik ergeben, können für Russland und seine Nachbarn teuer werden.

Die Ungleichzeitigkeiten der bewussten Entwicklung machen es uns im Westen schwer zu verstehen, wieso Chauvinismus und Imperialismus heute im Osten neue Kraft gewinnen können. In Russland – und vielleicht verständlicher bei anderen Völkern, die in der von Stalin geschaffenen Sowjetunion schrecklich gelitten hatten – kann Nationalismus zur Ersatzideologie werden oder gemacht werden. Das Gefühl, immer noch oder wieder vernachlässigt, nicht beachtet, sogar miss- und verachtet zu werden, haben kleinere Völker, wie etwa die des Kaukasus, Russland gegenüber. Und die Russen, die im eigenen Land mit der Not von Umbruch und Zusammenbruch nicht fertig werden, sind zunehmend aufnahmebereiter für Parolen, die sich auf Russlands ›wahre, aber unterdrückte Größe‹ berufen.

Besonders im Fall Russlands empfiehlt es sich dabei, genau hinzusehen und nicht einfach ältere Vorstellungen auf neue Verhältnisse zu übertragen. Zu leicht projizieren wir unsere eigenen Ideen, Vorstellungen, Ängste und Hoffnungen auf dieses große und schwierige Land. Nach 1991, als die kom-

munistische Partei Macht und Herrschaft geradezu fluchtartig aufgab, haben viele im Westen geglaubt, nun seien Reformer und Demokraten westlicher Spielart an der Macht, und man müsse sie lediglich unterstützen gegen die Kommunisten, Nationalisten und Antidemokraten. Dazu kam die nicht ganz desinteressierte Vorstellung, solche russischen Demokraten seien selbstverständlich Anhänger oder Vertreter einer pro-westlichen und pro-amerikanischen Außenpolitik. Eine Schwarz-Weiß-Alternative schien sich anzubieten: Entweder westliche Demokratie mit freier Marktwirtschaft oder national-kommunistische Diktatur mit aggressiver Außenpolitik. Das hat dann im Westen zu dem weiteren Missverständnis geführt, man müsse Leute, die sich dem westlich-demokratischen Raster entsprechend äußerten, fast bedingungslos unterstützen. Die enttäuschten Hoffnungen auf beiden Seiten haben alte Vorurteile, altes Misstrauen neu belebt.

Nun ist es leider unwahrscheinlich, dass Russland in absehbarer Zeit eine wohlhabende und stabile Demokratie mit zivilisierten Umgangsformen wird. Wirtschaftlicher Zerfall und private wie politische Unsicherheit haben zu einem Zustand der Demoralisierung geführt, in dem sich eine zivile Gesellschaft nur sehr langsam entwickeln kann. Das heißt nicht, dass eine Massenbewegung oder ein Staatsstreich das Land zum Kommunismus zurückführen könnten. Zwar gibt es besonders bei den Älteren eine Sehnsucht nach den scheinbar gesicherteren Lebensverhältnissen der alten Sowjetunion, aber die kommunistische Ideologie ist mit dem Zerfall der Sowjetunion unglauwbüdig geworden. Spricht man mit den Menschen, so wird meistens deutlich, dass freie wirtschaftliche Betätigung, privates Eigentum, offene Information und eine Art freier Wahlen als Leitwerte akzeptiert sind – so sehr, dass sie sogar in das Programm der Kommunistischen Partei Russlands aufgenommen wurden. Aber eine neue Ideologie, etwa eine kapitalistische, ist deshalb nicht in Sicht. Russlands Führer bemühen sich seit Jahren um das, was sie gerne die ›Russische Idee‹ nennen. Ohne Erfolg bei solchen Bemühen der Grundlegung, handeln sie dann als Pragmatiker der Macht, die sie erringen oder behalten wollen. Weil sie Russlands Platz in der Welt sowenig definieren wie die innere Ordnung des Landes, bleibt ihre Politik schwer berechenbar und abhängig von einzelnen Persönlichkeiten, von Präsidentschaftskandidaten, deren Namen kometenhaft durch den Himmel der russischen Politik schießen, ohne dass man wissen kann, welche schnell wieder verlöschen werden.

Ein völliges Machtvakuum in diesem riesigen Staat erscheint mir im Augenblick allerdings so undenkbar wie – trotz aller Probleme, Krisen und Schwächen – ein totaler Zusammenbruch. Den haben westliche Politiker zu Beginn des letzten Jahrzehnts befürchtet und Horrorszenarien entworfen: eine neue kommunistische Revolution, Hungeraufstände und Bürgerkrieg, Militärputsch, die Machtübernahme der Mafia. Was sich wirklich ereignete, hat viele Hoffnungen zerstört, aber nicht die erwarteten dramatischen Katastro-

phen hervorgerufen. Tatsächlich sind die politischen Entscheidungen nicht durch massive Gewaltausbrüche, sondern auf dem Wege von Wahlen getroffen worden. Auch wenn die Umstände solcher Wahlkämpfe undurchsichtig, ja, abstoßend erscheinen mögen und wenn ein schwacher und korrupter Staat seinem Volk schwere Leiden auferlegt, so enthält diese Entwicklung doch die Hoffnung, dass sich über einen langen Zeitraum Formen einer gerechteren Gesellschaft und bürgerlicher Mitbestimmung entwickeln können – vielleicht in durchaus russischen und dennoch demokratischen Formen.

Wir alle haben uns diesen Übergang vor zehn Jahren zu einfach vorgestellt. Wir haben unterschätzt, was nach siebzig Jahren Kommunismus und Jahrhundertentzweiung zaristischer Autokratie dem russischen Volk durch den Umbruch abverlangt wurde. Heute wissen wir, dass Veränderungen von solchem Tiefgang viel länger als ein Jahrzehnt dauern müssen und dass wir die falschen Schlüsse ziehen, die falschen Rezepte empfehlen werden, wenn wir nicht, über die Politiker und Bankiers von Moskau hinaus, geduldig im weiten Land erforschen, was die Russen wollen und können.

Hoffnungen, die sich nicht erfüllt haben, gab es damals auch für die Beziehung zwischen Staaten und Völkern. Vor zehn Jahren, als die Außenpolitik Michail Gorbatschows ihrem Höhepunkt zustrebte und die Aufhebung der Teilung Europas sowie das Ende der atomaren Konfrontation sich zu verwirklichen schien, hatten wir uns den Verlauf dieses Jahrzehnts anders vorgestellt. Immerhin standen wir am Ende einer Ära, in der der Frieden lange Zeit nur durch die gegenseitige Drohung der nuklearen Vernichtung erhalten wurde. Wir haben schon wieder vergessen, welche Sorgen und Ängste die Gefahr eines atomaren Krieges damals geweckt hatte. Dann endete eine Zeit, in der das Gleichgewicht der Zerstörungskraft zwischen USA und Sowjetunion die Weltordnung bestimmte. Seit 1990 leben wir in einer Welt, in der sich die Großmächte nicht mehr ständig mit der *ultima ratio* des Krieges bedrohen. Der Weltfrieden schien gesichert, jedenfalls global nicht mehr gefährdet, sondern schlimmstenfalls noch regional gestört.

Dann aber erlebten wir Krisen, die für die betroffenen Völker Tragödien waren, die zu militärischem, kriegerischem Eingreifen führten und die dann letztlich ohne eine gültige oder dauerhafte Regelung geblieben sind. Gegen 1990 gab es viele Konferenzen zum Thema ›Neue Weltordnung‹. Die geschwächte Sowjetunion verteidigte ihren Einfluss. Amerika wollte die SU gleichzeitig isolieren und einbinden, um ihr politische Alleingänge unmöglich zu machen. Aber dann, als die wirtschaftliche und besonders die militärische Schwäche Russlands offenbar wurde, erlahmte das Interesse des Westens an der Suche nach neuen Ordnungsstrukturen. Die friedlichere Welt schien im Wesentlichen davon abzuhängen, wie die USA ihre weltpolitischen nationalen Interessen verstehen und mit ihren engeren Verbündeten umsetzen. Das heißt aber auch, dass die Balance, der Interessenausgleich, ganz unsicher und

schwer berechenbar geworden sind, weil keine neuen Ordnungsinstrumente geschaffen wurden und die alten tatsächlich eher schwächer geworden scheinen. Das gilt leider nicht zuletzt auch für die Vereinten Nationen, seit die Großmächte sich im Weltsicherheitsrat zu blockieren begannen. Als Instrument der Friedenserhaltung erschien die UNO nicht schlagkräftig, also musste sie im Ernstfall umgangen werden, besonders wenn sie sich den Forderungen der einzig verbliebenen Supermacht nicht anpasste. Das erlebten wir beim Eingreifen der Amerikaner in Somalia, das fast in einer Katastrophe für künftige internationale Friedensmissionen der UNO zu enden schien.

Das Problem, das damals sichtbar wurde, ist nicht aufgearbeitet und kaum analysiert worden. Später erlebten wir etwas Ähnliches im Kosovo-Krieg, in dem es zwar schließlich zu einer Art Mandat des Weltsicherheitsrates kam – aber erst nachdem Russland zunächst ausgeschaltet, dann als Vermittler ins Boot geholt und schließlich wieder ausgebootet wurde und China durch die Bombardierung seiner Botschaft aufgestört war. In der Begeisterung über den militärischen Sieg haben wir auch vergessen, welche unselige Vorgeschichte von Verhandlungen hier aufzuarbeiten wäre, wenn die Welt berechenbarer werden soll. Gar nicht zu reden von den großen Veränderungen im ungeschriebenen Völkerrecht, die sich offensichtlich vollziehen und vollzogen haben, ohne dass sie systematisch aufgearbeitet und zu definierten Regeln geführt würden. Es gibt kein neues Konzept, geschweige denn neue Institutionen, die frühzeitig und nach wenigstens ungefähr abgestimmten und bekannten Regeln schwere Konflikte entschärfen und lösen können.

Weder das Wo, noch das Wie, noch das Weshalb militärisch-humanitärer Intervention ist deutlich umrissen, und der Verdacht, es gehe oft um nationale wirtschaftliche und strategische Interessen ebenso sehr wie um humanitäres Eingreifen, ist daher nicht auszuräumen. So ist es kein Zufall, dass Russland und China wieder von ihren Atomwaffen sprechen und neue interkontinentale Raketen entwickeln, während die USA ein *star wars*-System der Raketenabwehr entwickeln und das Abkommen über den Stop der Atomtests aufheben wollen. Die neue Doktrin der »Humanitären Intervention«, der Rettungsaktion durch einen Krieg, bedeutet militärisches Eingreifen in die Souveränität von Staaten und ist viel zu ungenau und unverbindlich definiert, als dass sich Staaten und Regierungen auf ihre befriedende Wirkung und humanitäre Absicht verlassen könnten.

So erleben wir im russischen Krieg gegen Tschetschenien, dass aus den Maximen für das Eingreifen im Kosovo im Westen keine, in Russland vermutlich falsche Folgerungen gezogen werden. Russland ist dafür eben zu groß, zu stark und nuklear bewaffnet. Alle Diskussionen im Westen, alle Forderungen nach politischen Verhandlungen, nach irgendeinem Eingreifen des Auslands, scheitern: Wie in den Kriegen in Somalia, im Kosovo, in Timor, so auch nun in Tschetschenien, war der richtige Zeitpunkt für Einflussnahme,

Verhandlungen, für gemeinsame Schritte zur Entschärfung sich aufbauender Spannungen verpasst worden. Es scheint, als gebe es gegenwärtig zu viele Instrumente militärischer Macht und zu wenige Formen und Institutionen der politischen Krisenbewältigung. Das kann dazu führen, dass es statt Verhandlungen unklare Drohungen ohne Folgen gibt, dann eine weitere Verhärtung und das Umschlagen von humanitärer Rhetorik in die Sprache des Kalten Krieges. Ob und unter welchen Umständen es dann zu Sanktionen kommt, lässt sich nicht voraussehen. Nur *eine* Regel scheint zuverlässig: Wer hätte gedacht, als vor acht Jahren mit dem Zerfall der Sowjetunion der Kalte Krieg beendet schien, dass heute wieder über die Bedeutung von Atomwaffen gesprochen werden würde – als angebliche Basis der Sicherheit souveräner Entscheidungsfähigkeit und Mittel zur Abwendung von Erpressungen?

Zehn Jahre lang hat sich der Westen zurückgelehnt im Glauben an ein ›Ende der Geschichte‹, dem ein ungehinderter weltweiter Übergang zu freier Marktwirtschaft und damit automatisch zu parlamentarischer Demokratie folgen würde. Jetzt zeigt sich jedoch, dass die Welt in den nächsten Jahren dringend wieder nach umfassenden Regeln und einer überzeugenden glaubwürdigen Ordnung wird suchen müssen. Das muss innerhalb großer Bündnisse wie der NATO, aber auch in übergreifenden regionalen Organisationen und Institutionen geschehen. Mir scheint, die Grundlinien einer solchen Ordnung und letztlich auch ihre Instrumente müssen im Rahmen der Vereinten Nationen geschaffen werden, durch eine Stärkung und Wiederbelebung der einzigen weitumspannenden Institution, die diese Aufgabe wahrnehmen und Spielregeln für eine Friedensordnung schaffen kann. Selten in ihrer Geschichte war es dringender, die Macht und die Möglichkeiten der Vereinten Nationen zu stärken. Den Verzicht auf Weltordnungspolitik können wir uns nicht leisten, wenn Außenpolitik nicht zunehmend durch Militärpolitik ersetzt werden soll. Russlands Beitrag und Einbeziehung bleibt unverzichtbar, für das Land und für die Welt.

Das ist nun nicht die Bilanz, die wir uns für das Ende eines Jahrzehnts weltpolitischen Umbruchs, den der Zerfall der Sowjetunion einleitete, erhofft hatten. Wenn mich etwas hoffnungsvoll stimmt, dann die Tatsache, dass diese sorgenvollen Überlegungen heute nicht mehr ganz so originell sind, dass ähnliche Gedanken sich auch zunehmend häufiger in den internationalen Medien finden. Das Unbefriedigende, vielleicht Gefährliche an der Entwicklung wird deutlicher erkannt. Manches könnte darauf hinweisen, dass damit auch die Vereinten Nationen und die Chance, die sie bedeuten, in Zukunft wieder besser verstanden werden. Ohne die Unterstützung der USA, aber auch Russlands, ohne Drängen der Regierungen Europas wird es nicht möglich sein, einer Politik der militärischen Intervention einzelner Staaten zu einer Friedensordnung zu finden, die nach berechenbaren Konfliktlösungen sucht und die europäisch-asiatische Macht Russland nicht in die Isolation drängt.